

fraktion intern*

INFORMATIONSDIENST DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

www.spdfraktion.de

NR. 03 · 09.05.2012

*Inhalt

- 02 Sportwettbewerb „Aktiv für Integration und Demokratie“
- 03 Editorial
- 04 Deutschland braucht einen echten Mindestlohn und keine Täuschungsmanöver
- 05 Wachstumsprogramm für die industrielle Erneuerung Europas
- 06 Norbert Röttgen, zielsichere Gesetze und sein Mitgefühl – *Eine Glosse*
- Thema: Kommunale Infrastruktur**
- 07 Kommunale Daseinsvorsorge und Infrastruktur stärken
- Thema: Pflege**
- 09 Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe stärken
- 11 Individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL) eindämmen
- 11 Finanzmarktwächter einführen
- 12 Der Kreativpakt im Rahmen des „Projekts Zukunft – Deutschland 2020“
- 13 Diskussion um Urheberrechtsreform: Die Piraten handeln unlauter
- 14 Ungarns Regierung bleibt auf dem falschen Weg
- 15 20 Jahre Nachhaltigkeitspolitik mit Leben füllen
- 16 Veröffentlichungen

Online das
Projekt Zukunft

der SPD-Bundestagsfraktion diskutieren, eigene Vorschläge machen und abstimmen, das geht hier:

zukunftsdialog.spdfraktion.de

UNSER PROJEKT HEISST ZUKUNFT

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION
www.spdfraktion.de

Sportwettbewerb „Aktiv für Integration und Demokratie“



Mehr als 600 Gäste kamen am 26. März zum diesjährigen Frühjahrsempfang der SPD-Bundestagsfraktion, der vor dem Hintergrund der Fußball EM und der Olympischen Spiele 2012 unter dem Motto Sport stand. Viele aktive Sportlerinnen und Sportler wie die Fußballstars Mike Hanke, Gerald Asamoah oder Christoph Metzelder, die Box-Weltmeisterin Susianna Kentikian und dutzende Teilnehmerinnen und -teilnehmer der Olympischen Spiele und der Paralympics wie etwa Verena Bentele folgten der Einladung.



In seiner Begrüßungsrede stellte Frank-Walter Steinmeier fest: „Wir sind stolz, dass zu unseren Gästen 43 Weltmeister, 32 Europameister, und sage und schreibe 209 Deutsche Meister zählen. Wir fühlen uns geehrt durch die Anwesenheit von 37 Goldmedaillenträgern.“ Moderator Sven Voss führte ein kurzes Interview mit Wolfgang Niersbach, Präsident des Deutschen Fußballbundes, und Reinhard Rauball, Präsident der Deutschen Fußballliga, zum Thema Integration. Der Kampf gegen Rechtsextremismus und für Integration waren auch das Thema des Wettbewerbs „Aktiv für Integration und Demokratie“, den die SPD-Bundestagsfraktion ausgerufen hatte. Vereine aus dem Breitensport konnten sich bewerben, die sich ehrenamtlich besonders sozial engagieren, für Integration, gegen Rechts, die einfach etwas Außergewöhnliches leisten.



Mehr als 200 Vereine haben teilgenommen

Mehr als 200 Vereine aus ganz Deutschland nahmen an dem Wettbewerb teil. Darunter waren so ziemlich alle Sportarten vertreten, von Fuß- und Basketball über Schwimmen bis Tanzen. Besonders beeindruckend war die enorm hohe Qualität der Bewerbungen, die neben Motivations schreiben und Zeitungsartikeln auch Fotos und sogar Filme enthielten.

Eine Jury aus Abgeordneten wählte die vier besten aus. Zur Jury gehörten: Christine Lambrecht (stellv. Fraktionsvorsitzende), Petra Ernstberger (Parl. Geschäftsführerin), Dagmar Freitag (Vorsitzende d.

Sportausschusses), Martin Gerster (sportpolitischer Sprecher), Sönke Rix (Sprecher der AG Rechtsextremismus), Aydan Özoguz (integrationspolitische Sprecherin), Ute Kumpf (Sprecherin bürgerschaftliches Engagement). Die vier besten Vereine wurden auf dem Frühjahrsempfang von Frank-Walter Steinmeier, Sigmar Gabriel, ihrem Wahlkreis-Abgeordneten und Boxlegende Henry Maske geehrt. Steinmeier sagte: „Für viele von Ihnen hat Leidenschaft nicht nur Platz im Sport, sondern auch beim Eintreten für die eigenen Überzeugungen.“ Er sei froh, dass den Rechten dadurch die Rote Karte gezeigt werde.

Vier Projekte wurden ausgezeichnet

Es gab zwei dritte Plätze: der internationale Tanzsportverein Joker aus Leipzig und die Freiwilligenagentur Jugend-Soziales-Sport e. V. aus Wolfenbüttel. Auf Platz zwei schaffte es der ASV-Moabit Basketball Club aus Berlin. Und Platz 1 errang der Judo-Sportverein Speyer. Der hatte gewonnen, weil er – so die Begründung der Jury – „besonders auf verschiedene Formen der Integration Wert legt“. Die Jury hob in ihrer Begründung hervor: „So gibt es zum Beispiel drei Trainingseinheiten pro Woche für Menschen mit Behinderung. Inklusion ist hier nicht nur gute Absicht. Es geht um Kennenlernen, um Verstehenlernen, ums Akzeptieren, kurz: um den respektvollen Umgang miteinander“. Die Gewinner bekamen jeweils einen Pokal, eine Urkunde und einen Waren-Gutschein eines großen Sportwaren-Kaufhauses. Nach dem offiziellen Programm wurde auf der Fraktionsebene im Reichstagsgebäude gefeiert – begleitet von der Piano-Musik Lasse Koslowskis, der übrigens Fußball-Schiedsrichter in der Regionalliga-Nord ist.

Weitere Fotos des Frühjahrsempfangs finden Sie auf: www.spdfraktion.de/flickr

Mein Standpunkt

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

seit zwei Jahren müssen wir fast täglich miterleben, dass diese Bundesregierung keinen Plan hat, die Krise innerhalb der EU zu bewältigen. Die Bundesregierung hat das Ausmaß wiederholt falsch eingeschätzt und damit viel Vertrauen verspielt. Sie hat alle Vorschläge, die wir als SPD schon frühzeitig zur Eindämmung der Krise auf den Tisch gelegt haben, zunächst stets rundherum abgelehnt, um sie dann doch Stück für Stück als notwendige Instrumente anzunehmen. Die roten Linien der Regierung Merkel haben sich wiederholt als Wanderdünen erwiesen. Statt zu gestalten wartet die Kanzlerin ab und vollzieht eine Kehrtwende nach der nächsten.

Neuestes Beispiel ist die seit Monaten von der SPD geforderte Ergänzung des Fiskalpaktes durch ein europäisches Wachstumsprogramm. Merkels einseitige Fixierung auf die Sparpolitik hat das Wachstum in großen Teilen Europas abgewürgt und uns nur noch tiefer in die Krise geführt. Wir haben deshalb bereits im Februar konkrete Vorschläge gemacht, wie wir die notwendige Haushaltsdisziplin durch ein kluges Wachstumsprogramm ergänzen können. Wir müssen brachliegende Mittel aus den Europäischen Strukturfonds mobilisieren, um damit Investitionen in den Krisenländern möglich zu machen. Wir müssen die Europäische Investitionsbank ertüchtigen und ihr Eigenkapital stärken, damit sie Wachstumsimpulse finanzieren kann. Wir brauchen eine Besteuerung der Finanzmärkte, um zusätzliche Mittel zu generieren und endlich auch die Verursacher an den Kosten der Krise zu beteiligen. Und wir müssen über die Einrichtung eines Schuldentilgungsfonds reden, um die Altschuldenproblematik in den Griff zu bekommen. Dass dieser Weg vernünftig ist, haben außerhalb Deutschlands inzwischen fast alle begriffen. Unser Freund Francois Hollande wirbt in Frankreich für einen Wachstumspakt mit fast exakt den gleichen Forderungen.

Angela Merkel aber macht es wie immer. Nachdem sie wochenlang ergänzende Wachstumsimpulse abgelehnt und Verhandlungen verschleppt hat, fängt sie nun an, Stück für Stück das Feld zu räumen. Auf einmal spricht sie sich auch für Wachstum und die Stärkung der Europäischen Investitionsbank aus. Diese Einsicht kommt spät. Es wird nun darauf ankommen, ob die Bundesregierung bereit ist, dieser Einsicht auch Taten folgen zu lassen. Die SPD wird einem Fiskalpakt im Bundestag nur zustimmen, wenn dadurch Wachstum und Arbeitsplätze in Europa nicht kaputt gemacht werden.



Dr. Frank-Walter Steinmeier MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Deutschland braucht einen echten Mindestlohn und keine Täuschungsmanöver

„Time they are a changing“ ist einer der bekanntesten Songs von Bob Dylan – die Zeiten ändern sich. Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP hieß es noch klipp und klar „Einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn lehnen wir ab.“

Doch im Vorfeld der Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen versucht die CDU ein gigantisches Täuschungsmanöver. Ministerin von der Leyen hat jetzt den Vorschlag der Unionsfraktion für eine allgemein verbindliche Lohnuntergrenze vorgelegt. Dieser Vorschlag ist ein Placebo, der den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Niedriglohnbereich nicht hilft.

Offensichtlich zielt der Beschluss allein auf die öffentliche Wirkung und nicht darauf, dass Menschen vom Lohn ihrer Arbeit wirklich leben können. Die meisten Menschen, die heute für niedrige Löhne arbeiten, werden davon nicht profitieren können. Im Gegenteil: durch diesen Vorschlag wächst die Gefahr von Dumping-Tarifverträgen durch Scheingewerkschaften.

Was bedeutet der CDU-Vorschlag?

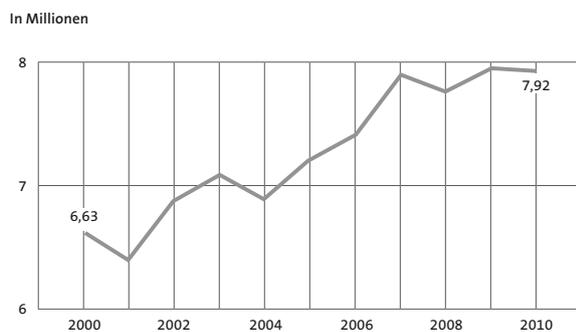
Die Union möchte eine „tarifoffene“ Lohnuntergrenze, die jährlich durch eine Kommission der Tarifpartner festgelegt werden soll. Die Kommission hat die Möglichkeit, bei der Festsetzung der Lohnuntergrenze Differenzierungen nach Regionen, Branchen oder bestimmten Arbeitnehmergruppen vorzunehmen.

Die Lohnuntergrenze soll nur bezahlt werden, wenn es in dem Bereich keine tarifvertraglichen Regelungen gibt oder wenn der Arbeitsvertrag keinen Verweis auf einen Tarifvertrag beinhaltet. Arbeitgeber können also einen beliebigen Tarifvertrag – auch mit Scheingewerkschaften – zugrunde legen und damit niedrigste Lohnbedingungen festsetzen.

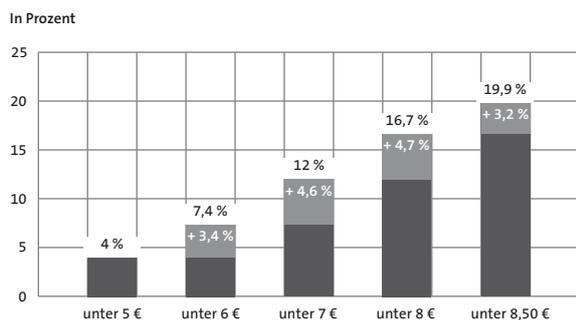
Ministerin von der Leyen verweist in diesem Zusammenhang auf die Tarifautonomie. Doch auch die Gewerkschaften wehren sich dagegen, als Feigenblatt missbraucht zu werden, um die Tatenlosigkeit der Regierung zu kaschieren. Zudem scheint die Ministerin zu vergessen, dass dort, wo die Tarifautonomie nicht funktioniert, sehr wohl die Politik gefordert ist. Auf die wirklich drängenden Probleme im Niedriglohnbereich findet die CDU damit keine Lösung. Denn wo Menschen in Tarifverträgen für fünf oder sechs Euro die Stunde arbeiten ist von der Leyens Vorschlag völlig wirkungslos. Und mit der Union werden faire Löhne zum Lotteriespiel: In der geplanten Kommission soll nämlich, wenn sich Gewerkschaften und Arbeitgeber nicht einigen können, das Los über einen Schlichter entscheiden. Faire Löhne werden somit zum Glücksspiel.

Niedriglöhne weit verbreitet

Die Zahl der Beschäftigten* mit Niedriglöhnen betrug ...



Von allen Beschäftigten* arbeiteten 2010 für einen Stundenlohn von ...



Vorschlag der Union ist nur ein Placebo

Der Vorschlag der CDU ist ein Placebo, das nichts bringt. Und selbst dieses wird die schwarz-gelbe Koalition nicht zustande bringen, da die FDP bereits ihren Widerstand angekündigt hat: Es gelte weiterhin der Koalitionsvertrag. Einen allgemeinen, gesetzlichen Mindestlohn wird es offensichtlich erst nach einem Regierungswechsel und mit der SPD geben. Dann werden sich im Sinne von Bob Dylan die Zeiten wirklich ändern.

Mehr Informationen zur Ordnung auf dem Arbeitsmarkt gibt es in der Broschüre „Arbeit sichern, Wege öffnen“, die über www.spdfraktion.de oder unter der Telefonnummer 030 - 227 571 33 bestellt werden kann.

Wachstumsprogramm für die industrielle Erneuerung Europas

Die vergangenen zwei Jahre haben dramatisch vor Augen geführt, dass die europäische Währungsunion und das Projekt der Einigung Europas vor einer inneren Zerreißprobe stehen.

Die bisherige Kombination aus immer höheren Kredithilfen und Haushaltskürzungen haben die Krise nicht eindämmen können. Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest, dass eine Stabilisierung der Krisenländer nur durch zusätzliche Wachstumsimpulse möglich ist. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden darum im Deutschen Bundestag in den anstehenden Verhandlungen über den so genannten Fiskalpakt die Frage einer Wachstumsstrategie für Europa einbringen. Für den Fiskalpakt ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat nötig.

Für mehr Wachstum in Europa

In einem Positionspapier von Frank-Walter Steinmeier mit dem Titel „Gemeinsam stärker. Wachstumsprogramm für die industrielle Erneuerung Europas“ heißt es, dass der Diskussionsprozess zwischen Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften vertieft werden soll.

Im Zentrum des Papiers stehen Strategien, die zu mehr Wachstum in Europa führen. Denn wird die gegenwärtige Rezessionsspirale nicht durchbrochen, kann niemand mehr gewährleisten, dass die Kredite, etwa für Griechenland, auch zurückgezahlt werden. Werden immer nur Hilfszahlungen nachgeschoben, ist das nicht nur eine fiskalische, sondern vor allem eine politische Belastungsprobe für die Staaten der Euro-Zone. Es ist unstrittig, dass es bei dem Programm nicht um kurzlebige Konjunkturmaßnahmen gehen kann, die nur zu noch größerer Verschuldung führen. Europa braucht ein umfassendes Investitions- und Aufbauprogramm, das die Finanzmarktkrise überwindet, die Weichen Richtung Realwirtschaft stellt, Strukturen modernisiert, die Wettbewerbsfähigkeit verbessert, die Wertschöpfung erhöht und den Zusammenhalt des Kontinents stärkt.

Was muss getan werden?

Das sozialdemokratische Wachstumsprogramm fußt auf zwei Säulen: Strukturreformen und fiskalpolitische Wachstumsimpulse. Die Schaffung wettbewerbsfähiger Verwaltungen ist notwendig, aber nicht ausreichend. Ohne fiskalpolitische Impulse wird eine industrielle Erneuerung nicht gelingen. Die Investitionspotenziale der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft müssen gebündelt und auf innovative Wachstumsfelder ausgerichtet werden. Ein Wachstumsprogramm braucht einen „Investitions- und Aufbaufonds“ für die industrielle Erneuerung Europas, ohne die Sparbemühungen zu unterlaufen. Darum soll er vorhandene Mittel aus dem EU-Strukturfonds bündeln und aus den Einnahmen einer Finanzmarkttransaktionssteuer gespeist werden. Die Europäische Investitionsbank muss aufgewertet und an die Seite des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) gestellt werden; ihr Stammkapital muss erhöht werden. Das Programm soll auch ein Impuls für privates Kapital sein, der Aufbaufonds könnte damit weiter erhöht werden. Mit „Projektbonds“ zum Beispiel können deutlich mehr private Investitionen ausgelöst und durch die Absenkung der Ko-Finanzierungsanforderungen ein schnellerer Einsatz der Mittel erreicht werden.

Rahmenbedingungen verbessern – Europa voranbringen

Insgesamt müssen auch die Rahmenbedingungen verbessert werden, etwa die rechtsstaatlichen Strukturen, Finanzierungsbedingungen für Unternehmern, Forschung und Innovationen, die Arbeitsmärkte samt ihrer Qualifikationsmöglichkeiten. Es bedarf zudem regionaler Cluster, denn die Entwicklung regionaler Strukturen und Branchen ist entscheidend für die Stärkung der Industrie Europas.

Die SPD-Bundestagsfraktion glaubt an die Zukunft der Europäischen Idee. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen eine Diskussion anstoßen und laden alle europäischen Partner ein, sich mit auf den Weg zu machen, um ein neues industrielles Zeitalter des nachhaltigen Wohlstands zu beginnen.

Das Positionspapier gibt es hier: www.spdfraktion.de

Norbert Röttgen, zielsichere Gesetze und sein Mitgefühl

Norbert Röttgen verfolgt anspruchsvolle Ziele: Anstelle der oberflächlichen Politik von Rot-Grün bei der Energiewende geht es endlich gründlich zu. Eine Glosse.

Einen Vorgeschmack bot das „revolutionäre“ Energiekonzept der Bundesregierung: Erst bis zu 14 Jahre längere Atomlaufzeiten – dann die Rolle rückwärts. Wir wollen aber nicht daran erinnern, dass Röttgen noch vor zwei Jahren für „moderate“ Laufzeitverlängerungen eingetreten ist, um nach der Atom-Katastrophe in Fukushima flugs als Speerspitze des Atomausstiegs wieder aufzutauchen. Nun, ja: Laut Lexikon zielt eine Revolution auf die Umkehrung bisher gültiger Gesetze. In diesem Sinne war die doppelte Röttgen-Rolle wirklich „revolutionär“.

Dagegen geht es beim Ausbau der erneuerbaren Energien gründlich zu: Röttgen hat immer wieder den Ausbau der Solarenergie verteufelt und seinen Vorgänger Sigmar Gabriel für die Kosten verantwortlich gemacht. Wie war das noch? Gabriel amtierte als Umweltminister in der Großen Koalition. Norbert Röttgen hatte damals als Geschäftsführer von CDU/CSU im Bundestag die Verantwortung für die Gesetzgebung – auch für die zur Solarenergie.

Nicht zu übersehen ist aber, dass Röttgen die Belange der Verbraucher am Herzen liegen. Im Herbst 2011 hat er sich dafür eingesetzt, die Umlagekosten für den Ausbau der erneuerbaren Energien zu begrenzen. Diese Kosten haben alle Stromkunden zu tragen. Alle Stromkunden? Nein, nicht alle Stromkunden: Denn die Industrie hat Röttgen noch einmal zusätzlich entlastet – und zwar nach dem Prinzip Gießkanne. Es kommt gar nicht darauf an, ob solche Unternehmen diese Entlastung im Wettbewerb benötigen. Und wer trägt diese Kosten? Man ahnt es schon: die Normalkunden. In welchem Umfang? Das konnte Röttgens Ministerium während der Gesetzgebung nicht beziffern. 500 Millionen können aber leicht zusammen kommen.

Wir wollen auch das übergehen. Denn das Land erlebt mit dem neuen Umweltminister, wie man Gesetze zielsicher macht. Denn Röttgen hat in den knapp zweieinhalb Jahren als Minister die Solarförderung nur dreimal geändert. Jedes Mal ging es darum, den Zubau beim Solarstrom zu begrenzen. Das hat so gut funktioniert, dass immer noch eine Neuregelung nötig war. Der Minister hat dazu Tarife gekürzt, atmende Deckel eingeführt, dann nochmal gekürzt und schließlich erklärt: „Jetzt muss das neue Gesetz, das am 1. Januar 2012 in Kraft tritt, erst einmal wirken.“



Statt die Wirkung abzuwarten, war es kaum drei Monate später wieder soweit: Röttgen legte seine dritte Kürzung bei der Solarförderung vor. Als ewiger Stänkerer trat die SPD auf; das Argument: Derart massive Kürzungen in so kurzer Zeit überfordere die Industrie. Das Ergebnis seien Unternehmenspleiten und Jobverluste. Und gegen die Dumping-Konkurrenz aus China unternehme Merkels Truppe gar nichts. Noch während der letzten Gesetzgebung mussten u.a. Solarfirmen in Gelsenkirchen und Brilon Insolvenz anmelden. Röttgen hielt Kurs: „Wir wollen die Energiewende erfolgreich umsetzen. Das erfordert Rahmenbedingungen, mit denen wir die Zubaumenge der Photovoltaik (...) sinnvoll steuern und gleichzeitig die erfolgreiche deutsche PV-Industrie in Deutschland und auf dem Weltmarkt weiter erhalten.“

Inzwischen hat es weitere Solarfirmen getroffen. Allein bei First Solar in Frankfurt/Oder verlieren 1.200 Menschen ihren Job. Dazu Norbert Röttgen: „Die Entscheidung des amerikanischen Unternehmens First Solar, sein Werk in Frankfurt an der Oder zu schließen, ist ein schwerer Schlag für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einer Region, die große Hoffnungen in die Photovoltaikindustrie gesetzt hatte. Ihnen und ihren Familien gilt mein Mitgefühl.“

Kommunale Daseinsvorsorge und Infrastruktur stärken

Die Aufgaben vor denen unsere Städte, Ballungsräume sowie ländliche Gemeinden und Regionen stehen sind enorm. Durch den demografischen Wandel stehen immer weniger jüngeren immer mehr ältere Menschen gegenüber. Aber auch Herausforderungen wie dem Klimawandel, der Energiewende, den knappen natürlichen Ressourcen sowie der rasanten Entwicklung der digitalen Kommunikation muss vor Ort begegnet werden. Dazu kommen die klammen Kassen der Kommunen, Länder und des Bundes. Die Politik ist gefragt, den Prozess der Entwicklung unserer Städte und ländlichen Regionen unter diesen Bedingungen nachhaltig zu gestalten.

Die SPD-Bundestagsfraktion bekennt sich zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland. Seit einigen Jahren ist jedoch zu beobachten, dass die Schere zwischen Ballungsräumen und Städten mit positiver wirtschaftlicher Entwicklung und wachsender Bevölkerung einerseits und Kommunen, Stadtteilen und Regionen mit schwindender Wirtschaftskraft und schrumpfender Bevölkerung andererseits immer weiter auseinander geht. Und dies längst nicht mehr nur in Ostdeutschland. Viele Kommunen sind schon jetzt kaum noch in der Lage, ihre Aufgaben wie der Sanierung von Schulen und Straßen, dem Betrieb von Kindergärten, Freibädern oder Theatern nachzukommen. Städte mit Bevölkerungswachstum sehen sich hingegen mit der Notwendigkeit des Ausbaus insbesondere der Bildungs-, Betreuungs-, aber auch der Verkehrsinfrastruktur konfrontiert.

Bei der Kinderbetreuung lässt Schwarz-Gelb Kommunen im Regen stehen

Die Bundesregierung lässt die Kommunen und Regionen im Regen stehen. Ein Beispiel ist der Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder, die älter als zwölf Monate sind. Ihre Eltern haben ab Sommer 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Schätzungen gehen davon aus, dass rund 230.000 Betreuungsplätze fehlen. Auf die Kommunen wird deshalb eine Klagewelle zukommen. Doch anstatt den klammen Kommunen unter die Arme zu greifen, wollen Familienministerin Schröder (CDU), die Kanzlerin und allen voran die CSU bis zu zwei Milliarden jährlich für das unsinnige Betreuungsgeld ausgeben. Das sollen Eltern erhalten, wenn sie für ihre Kinder keinen Kitaplatz in Anspruch nehmen. Davon hätten allein 166.000 zusätzliche Betreuungsplätze geschaffen werden

können. Damit würde Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert und für ihre Kinder Teilhabe an frühkindlicher Bildung gewährleistet. Die immer wieder beschworene Wahlfreiheit für Eltern wird von Schwarz-Gelb nicht geschaffen. Zudem kommen auf die Kommunen Folgekosten zu, wenn Kinder aus sozial benachteiligten Familien wegen des Betreuungsgeldes von der Kita fern gehalten werden und deshalb später Förderung brauchen.

Regierung zieht sich aus städtischer und regionaler Infrastrukturfinanzierung zurück

Doch damit nicht genug, Schwarz-Gelb hat die Städtebauförderung zusammengekürzt. Das trifft vor allem die Stadtumbauprogramme und die „Soziale Stadt“. Zudem sollen die Mittel nach dem ehemaligen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und kommunale Straßen zurückgefahren werden. Schwarz-Gelb habe laut SPD-Fraktionsvize Florian Pronold auch die Aufgabe der Entwicklung der ländlichen Räume aus den Augen verloren. Zwischen Landwirtschaftsministerin Aigner (CSU) und dem Minister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Peter Ramsauer, (CSU) sei zu Beginn ein Kampf um das Thema entbrannt, das nun vor sich hindümpele. All das zeigt, Schwarz-Gelb will sich aus der Verantwortung für städtische und regionale Infrastruktur zurückziehen. Diesen Rückzug trägt die SPD-Bundestagsfraktion nicht mit.

SPD-Fraktion:

Dialogpapier vorgelegt – Diskussion gestartet

Im Rahmen des „Projekts Zukunft“ hat die Projektgruppe „Infrastrukturkonsens“, die vom Sprecher der AG Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Sören Bartol, geleitet wird, ein Dialogpapier erarbeitet. Der Titel lautet „Nachhaltige Daseinsvorsorge, Stadt- und Raumentwicklung und kommunale Verkehrsinfrastruktur“.

Es müsse auch künftig flächendeckend ein Mindestniveau der Daseinsvorsorge gewährleistet sein. Dazu müssten die Kommunen in einer Region enger zusammenarbeiten, was oft schwierig sei, erläuterte Sören Bartol. Das Papier ist die Grundlage für eine breite Diskussion. Den Auftakt dazu machte am 23. April ein Workshop im Bundestag u. a. mit Vertreterinnen und Vertretern aus Landesparlamenten, Landesministerien, Verkehrsver-

bünden und -verbänden, aus wissenschaftlichen Einrichtungen und vom DGB. Sie lobten das Papier als richtigen Ansatz und steuerten konstruktive Ergänzungsvorschläge bei. Diese sowie schriftlich eingegangene Stellungnahmen werden in den Arbeitsprozess mit einfließen. Ziel ist ein Konzept, um die Zukunft der Städte und ländlichen Regionen nachhaltig zu gestalten.

Stadtentwicklung und interkommunale Zusammenarbeit fördern

Die SPD bekennt sich im Dialogpapier zur föderalen Aufgabenteilung und bejaht ausdrücklich eine aktive Rolle der Kommunen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung. Gleichzeitig darf aber der Bund die Städte und Regionen mit ihrer Infrastruktur nicht aus dem Auge verlieren. Deshalb soll aus Sicht der SPD-Fraktion unter anderem die Städtebauförderung weiterentwickelt und finanziell abgesichert werden. Bundesraumordnung, Landesplanung und Regionalplanung sollen besser koordiniert werden. Und die Förderpolitik des Bundes soll künftig stärkere Anreize für interkommunale und regionale Kooperationen setzen, indem sie diese zur Fördervoraussetzung macht bzw. durch bessere Förderbedingungen belohnt. Außerdem tritt die SPD-Fraktion dafür ein, den Kommunen Perspektiven für eine verlässliche Finanzierung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur zu eröffnen, um den Kommunen langfristige Planungssicherheit zu geben.

Das Dialogpapier der Projektgruppe gibt es unter www.spdfraktion.de.

Kommunale Finanzen stärken

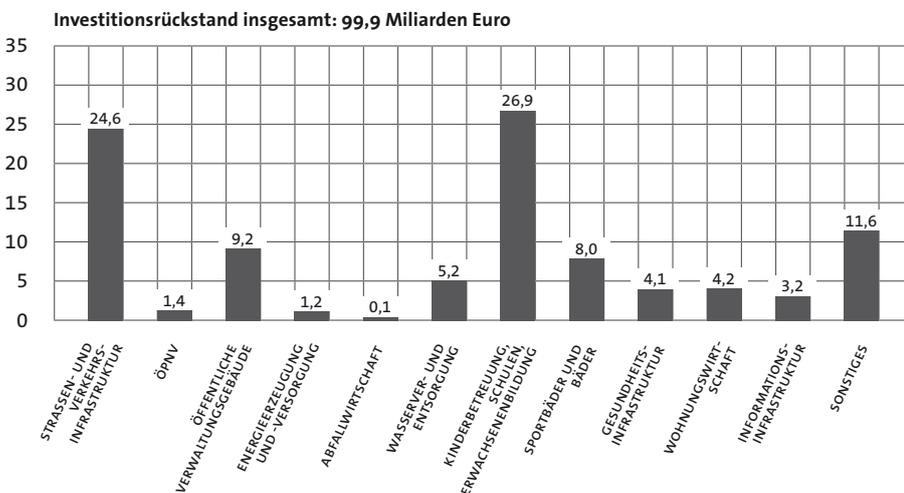
Um sowohl in prosperierenden Ballungsräumen als auch in strukturschwächeren Regionen gleiche Lebenschancen zu garantieren, muss die Handlungsfähigkeit der Kommunen verbessert und ihrer strukturellen Unterfinanzierung entgegen gewirkt werden. Auch dazu erarbeitet die SPD-Fraktion Vorschläge.

So fordern die Sozialdemokraten/innen eine nachhaltige Entlastung von Städten, Gemeinden und Kreisen. Die bereits von der SPD durchgesetzte schrittweise Übernahme der Kosten der Grundversicherung im Alter und Erwerbsminderung durch den Bund kann daher nur ein erster Schritt sein. Um eine dauerhafte Entlastung der Kommunen zu gewährleisten, ist ein einheitliches Steuer- und Abgabekonzept notwendig, wie es die SPD im Dezember 2011 auf ihrem Parteitag verabschiedet hat und das Städte und Gemeinden jährlich um weitere rund 8 bis 9 Milliarden Euro entlasten soll.

Darüber hinaus muss sich der Bund an der Finanzierung weiterer Soziallasten beteiligen und Verpflichtungen, die er den Kommunen überträgt, bezahlen. Denn auch hier gilt: Wer bestellt, bezahlt! Aber auch die Länder sind verpflichtet, die Finanzkraft ihrer Städte, Gemeinden und Kreise besser auszugleichen und die Kommunen, die von einer Haushaltsnotlage betroffen sind, langfristig zu unterstützen und Investitionen etwa in die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude zu ermöglichen. Gleichfalls müssen die Kürzungen der schwarz-gelben Bundesregierung in der Städtebauförderung umgehend zurückgenommen und damit Verbesserungen der Lebensbedingung besonders in Stadtvierteln mit gesellschaftlichen Problemen ermöglicht werden.

Investitionsstau in den Kommunen

In Milliarden Euro



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2011, durchgeführt vom Difu von August bis November 2011

Um die kommunale Einnahmebasis dauerhaft zu stärken und damit den Abbau von Schulden voranzutreiben, will die SPD-Fraktion die Gewerbesteuer nach dem Kommunalmodell weiterentwickeln. Dieses von den Kommunen unterstützte Modell sieht u. a. die Einbeziehung von Freiberuflern in die Gewerbesteuer aber auch die verstärkte Heranziehung von Pachten, Mieten und Leasingraten vor. Damit wird das Band zwischen Kommunen und der Wirtschaft vor Ort gestärkt.

Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe stärken

Seit 1995, dem Jahr der Einführung der Pflegeversicherung als fünfte Säule der Sozialversicherung, ist die Anzahl der Pflegebedürftigen kontinuierlich gestiegen. Im Jahr 2010 waren 2,42 Millionen pflegebedürftig, für das Jahr 2030 werden rund 3,3 Millionen und für 2050 4,37 Millionen Pflegebedürftige prognostiziert. Der steigenden Zahl der Pflegebedürftigen steht ein Mangel an Pflegekräften gegenüber. Im Jahr 2025 sollen laut Schätzungen 152.000 Pflegekräfte fehlen. Hinsichtlich der Finanzierung der sozialen Pflegeversicherung wird davon ausgegangen, dass sie – ohne Reform – bis 2015 gesichert ist.

All dies macht deutlich, dass wir ein Gesamtkonzept für die Weiterentwicklung der Pflege brauchen, das sicherstellt, dass auch in Zukunft alle Menschen in unserem Land einen Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Pflege und medizinischen Versorgung haben. Die SPD-Bundestagsfraktion hat mit dem Pflege-Weiterentwicklungsgesetz 2008 in der Großen Koalition eine Basis gelegt. Damit wurden die Leistungen für Demenzerkrankte deutlich verbessert und Erleichterungen für pflegende Angehörige erreicht. Dazu gehören zusätzliche Betreuungsleistungen und die Einrichtung von Pflegestützpunkten, die Hilfe und Beratung aus einer Hand bieten sollen.

Bericht für neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff liegt in der Schublade

Bereits seit einigen Jahren steht fest, dass ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff notwendig ist, der Pflegebedürftigkeit nicht nur daran bemisst, wozu Betroffene körperlich im Alltag noch in der Lage sind. Es geht auch darum zu beurteilen, inwieweit die Menschen geistig und mental ihren Alltag organisieren können. Unter der damaligen SPD-Gesundheitsministerin Ulla Schmidt nahm 2006 der Fachbeirat zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs seine Arbeit auf und übergab im Januar 2009 seinen Bericht mit Umsetzungsempfehlungen. In der Großen Koalition scheiterte die Umsetzung an der Union. Seither liegt der Bericht in der Schublade des Ministeriums.

Positionspapier der SPD-Fraktion zur Pflege

Die SPD-Bundestagsfraktion hat seit Beginn dieser Legislaturperiode auf Grundlage des Berichts des Fachbeirats an einem Gesamtkonzept Pflege gearbeitet. Im Sommer 2011 hat die Fraktion ein erstes Orientierungspapier vorgelegt, das breit mit Krankenkassen, Verbänden und Gewerkschaften diskutiert und zu einem Positionspapier weiterentwickelt wurde. Am 27. März 2012 hat die Fraktion es unter dem Titel „Für eine umfassende Pflegereform: Pflege als gesamtgesellschaftliche Aufgabe stärken“ beschlossen.



Neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff umsetzen

Die SPD-Fraktion will, dass Pflegebedürftige möglichst selbstbestimmt leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Dazu gehört auch der Wunsch der meisten Pflegebedürftigen, so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden bleiben zu wollen.

Dreh- und Angelpunkt für die Sozialdemokraten/innen ist die Entwicklung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs auf der Grundlage des Fachbeiratsberichts von 2009. Dazu gehören die Umsetzung eines neuen Begutachtungsverfahrens und der Ausbau der Pflegestufen von drei auf fünf, der Demenzerkrankte miteinschließt. Ziel ist es, die Pflegequalität zu verbessern. Dass dies notwendig ist, zeigen die erschütternden Ergebnisse des aktuellen Pflegeberichts der Krankenkassen. Danach erhalten 20 bis 45 Prozent der Pflegebedürftigen eine nicht angemessene Pflege. Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff solle „niemanden schlechter, aber viele besser stellen“, erklärte dazu Hilde Mattheis, stellv. gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

Pflegende Angehörige besser unterstützen

Pflegende Angehörige und andere Pflegende leisten eine herausragende Arbeit. Für die meisten Angehörigen ist es selbstverständlich, sich um ihre pflegebedürftigen Partner und Partnerinnen, Eltern oder Kinder zu kümmern. Sie will die SPD-Fraktion entlasten. Sie brauchen Hilfe und Unterstützung, Zeit und Infrastruktur.

Karl Lauterbach:
„In den ersten Tagen der Regierung hat sie dreimal soviel an Hoteliers bezahlt, als für alle zu Pflegenden im dritten Regierungsjahr.“

Wenn Menschen pflegebedürftig werden, dann tritt dies meist sehr plötzlich ein. Vieles muss dann schnell organisiert werden. Für die Angehörigen will die SPD-Fraktion deshalb den Anspruch auf eine bis zu zehntägige Freistellung mit dem Anspruch auf eine Lohnersatzleistung koppeln. Letzteres war in der Großen Koalition am Widerstand der Union gescheitert.

Um den Angehörigen besser mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, sollen die wohnortnahen Pflegestützpunkte und andere Beratungsstellen ausgebaut werden. In den Ländern, die wie Rheinland-Pfalz im Zuge der Pflegereform von 2008 Pflegestützpunkte eingerichtet haben, haben sich diese bewährt.

Außerdem will die SPD die von der Großen Koalition eingeführte sechsmonatige Pflegezeit zu einem Anspruch auf eine flexible Pflegezeit, die als „1.000 Stunden für die Pflege“ mit Lohnersatzleistung entweder über einen längeren Zeitraum oder für kurze Zeitabschnitte beansprucht werden kann, weiterentwickeln. Für die Beschäftigten soll es in dieser Zeit Kündigungsschutz geben. Zusätzlich sollen Pflegezeiten rentenrechtlich höher bewertet werden.

Pflege ist für die Angehörigen oder andere Pflegepersonen körperlich und auch mental sehr anstrengend. Sie brauchen Auszeiten, um sich erholen zu können. Dazu will die SPD-Fraktion die Ansprüche auf Kurzzeit- und Verhinderungspflege auf acht Wochen pro Jahr und die Leistungen dafür von derzeit 1.510 Euro auf 3.020 Euro erhöhen.

Gute Arbeit in der Pflege schaffen

Damit der Bedarf an Pflegekräften heute und künftig gedeckt werden kann, müssen die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessert werden. Nur durch gute Arbeit werden Pflegeberufe attraktiv. Dazu will die SPD-Fraktion die Ausbildung modernisieren. Künftig soll es eine generalistische Erstausbildung in der Alten-, Kranken- und Kinderpflege mit anschließender Spezialisierung und der Möglichkeit des beruflichen Aufstiegs geben. Dabei soll die Ausbildung solidarisch und nicht durch die Auszubildenden finanziert werden. Durch Weiterbildung sollen bessere Aufstiegsmöglichkeiten geschaffen werden. Vor allem aber muss eine leistungsgerechte Bezahlung gewährleistet sein. Der Mindestlohn in der Pflegebranche war ein wichtiger Schritt hin zu guten tariflichen Löhnen. Zudem müssen die Lohnunterschiede zwischen Ost und West beseitigt werden.

Kommunen bei Pflegeinfrastruktur stärken

Des Weiteren will die SPD-Fraktion die Kommunen dabei unterstützen, eine gute Pflegeinfrastruktur zu bieten. Dazu gehört auch die Förderung von altersgerechtem und barrierefreiem Wohnungsbau und der Wohnraumsanierung. Ebenso sollen ambulant betreute Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenwohnen stärker gefördert werden. Auch gilt es, den Grundsatz „Prävention vor Rehabilitation vor Pflege“ durch Maßnahmen mit Leben zu erfüllen.

Gute Pflege kostet mehr

Die SPD-Fraktion ist sich bewusst, dass gute Pflege mehr Geld kostet. Für die Finanzierung der von ihr vorgesehenen Maßnahmen kalkuliert sie zusätzliche 6 Milliarden Euro. Dazu soll der Beitragssatz um 0,6 Prozent steigen. SPD-Fraktionsvizein Elke Ferner verwies darauf, dass Umfragen gezeigt hätten, dass die Bevölkerung höhere Beiträge für eine bessere Pflege akzeptiere. Die SPD-Fraktion will die solidarische Finanzierung der Pflege zu einer Bürgerversicherung Pflege ausbauen, in die alle nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit einzahlen.

Das Positionspapier der SPD-Fraktion gibt es hier: www.spdfraktion.de

Ein Schwarz-Gelbes „Pflegereformchen“

2011 sollte nach Ex-Gesundheitsminister Rösler zum „Jahr der Pflege“ werden. Auch sein Nachfolger Bahr sprach vom großen Wurf. Herausgekommen sind ein paar Verbesserungen für Demenzerkrankte, für Angehörige und alternative Wohnformen. Frei nach dem Motto: Eine Milliarde darf das Ganze kosten. Die 0,1 Prozent Beitragssatzanhebung reicht nicht, um die Pflege bedarfsgerecht auszurichten. Die geplante private Zusatzversicherung bediene laut SPD-Fraktionsvizein Elke Ferner nur die Versicherungswirtschaft. Ihre Ausgestaltung sei noch völlig unklar. Sie verwies darauf, dass die Versicherer eine Risikoprüfung vornehmen würden. Ältere und kranke Menschen würden sich deshalb die Policen nicht leisten können. Ebenso werden Geringverdiener in die Röhre schauen.

Individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL) eindämmen

Jede/r Krankenversicherte kennt sie, die Faltblätter über Individuelle Gesundheitsleistungen auf den Empfangstresen der Arztpraxen.

Dabei handelt es sich um Leistungen, die nicht zum Katalog der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gehören. Deshalb werden sie von ihnen grundsätzlich nicht bezahlt. Patienten/innen müssen sie aus der eigenen Tasche bestreiten.

Im Jahr 2010 wurden in deutschen Arztpraxen IGeL im Wert von 1,5 Milliarden Euro erbracht. Im Vergleich zu 2008 ist der IGeL-Umsatz um 500 Millionen Euro gestiegen.

Patienten/innen werden in den Arztpraxen z. T. durch aggressives Marketing zu den Leistungen gedrängt. Häufig erhalten sie weder schriftliche Behandlungsverträge noch schriftliche Rechnungen. Das schädigt das Arzt-Patientenverhältnis. Weil die Patienten/innen in der Regel nicht beurteilen können, ob die GKV-Leistungen für sie ausreichen, wird durch die IGeL suggeriert, dass der Leistungskatalog der GKV nicht genüge und ihren Versicherten wichtige Leistungen vorent-

halten würden. Deshalb will die SPD-Fraktion die IGe-Leistungen eindämmen. Sie hat dazu einen Antrag in den Bundestag eingebracht.

Darin fordert die SPD-Fraktion unter anderem:

- Ein Verbot, am selben Tag GKV-Leistungen und IGeL bei einer/em Patientin/en abzurechnen.
- Ein schriftlicher Behandlungsvertrag und eine schriftliche Rechnung sollen Pflicht werden sowie eine umfassende Informationspflicht des Arztes.
- Eine Zahlungsverpflichtung der/s Patientin/en bei Formverstößen soll ausgeschlossen werden.
- Der IGeL-Katalog muss in der Praxis ausgehängt werden, mit Informationen, warum die Leistungen nicht im GKV-Leistungskatalog enthalten sind.
- Die GKV soll zu umfassender Aufklärung der Versicherten verpflichtet werden.
- Regelmäßige Berichte über IGeL sollen an die Bundesregierung gehen.
- Vertragsärzte sollen den überwiegenden Anteil ihrer Arbeitszeit für die Behandlung von Versicherten der GKV mit Kassenleistungen verwenden.

Finanzmarktwächter einführen

Misstände auf dem Finanzmarkt schaden Verbraucherinnen und Verbrauchern. Diese schmerzhafteste Erfahrung mussten viele von ihnen im Zuge der Finanzmarktkrise machen. Ihr Vertrauen in die Seriosität des Finanzmarktes und seiner Akteure ist seitdem stark beschädigt.

Gerade nach den Erfahrungen in der Finanzmarkt- und Währungs Krise ist es von herausragender Bedeutung, dass Verbraucherinnen und Verbraucher in den Geldverkehr und den Finanzmarkt wieder vertrauen können.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert deshalb einen „Finanzmarktwächter“ bei den Verbraucherzentralen und ihrem Bundesverband einzurichten. Er soll den Finanzmarkt durch die Brille der Verbraucherinnen und Verbraucher beobachten, Hinweise aus der Beratung systematisch erfassen und unlautere Praktiken aufspüren. Strukturelle Fehlentwicklungen und Misstände meldet er an die Finanzaufsicht, die daraufhin tätig wird. Der

Finanzmarktwächter erfüllt damit eine Sensor- und Filterfunktion gegenüber der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

Darüberhinaus soll er Verbraucherinnen und Verbraucher informieren und aufklären, damit sie finanzielle Fehlentscheidungen vermeiden. Durch Abmahnungen und Unterlassungsklagen hilft der Finanzmarktwächter, Verbraucherinteressen am Markt besser durchzusetzen.

Mit der Einführung des Finanzmarktwächters will die SPD-Bundestagsfraktion die Arbeit der Verbraucherzentralen stärken sowie eine Online-Plattform schaffen. Ein Vorbild dafür ist im Bereich der Lebensmittelinformation www.lebensmittelklarheit.de. Um dies leisten zu können, müssen die Verbraucherverbände finanziell und personell besser ausgestattet werden. Dazu hat die SPD-Fraktion einen Antrag in den Bundestag eingebracht.

Der Kreativpakt im Rahmen des „Projekts Zukunft – Deutschland 2020“

„Wir brauchen einen Kreativpakt“ – Das war im Jahr 2009 der Aufruf von Musikproduzent und Autor Tim Renner, Filmemacher und Oscar-Preisträger („Schwarzfahrer“) Pepe Danquart, DJ und Musikproduzent Paul van Dyk und vielen weiteren Kreativen, Künstlerinnen und Künstlern. Sie hatten Frank-Walter Steinmeier beim Wort genommen, der als Erster von einem Pakt zwischen Wirtschaft, Politik und Künstlern zur Förderungen der Kultur und Kreativwirtschaft sprach.



*Kreativer Austausch zwischen Künstlern und Abgeordneten.
V.l.n.r.: Matthias Richel (D649), Lars Klingbeil MdB, Matthias Lilienthal (HAU-Theater) und Tim Renner (Motor Entertainment).*

Diese Idee ist nun in die Tat umgesetzt: der Kreativpakt e.V. ist gegründet und unter www.kreativpakt.org im Internet erreichbar. Bei der SPD-Bundestagsfraktion ist der Kreativpakt ein zentraler Baustein des „Projekts Zukunft – Deutschland 2020“. Aus gutem Grund: Die Kreativwirtschaft ist ein immer wichtiger werdender Beschäftigungs- und Wachstumstreiber.

Die Kreativwirtschaft ist Wachstumsmotor

Gemeinsam mit Menschen aus der Kreativszene möchte die SPD-Bundestagsfraktion diesen Sektor nachhaltig entwickeln und die dort Arbeitenden sozial besser absichern. Mit der Förderung der Kreativwirtschaft wird ein Beitrag zu einem neuen Wohlstandsmodell geleistet. Zum einen wird in der Kreativwirtschaft überwiegend auf dem Binnenmarkt produziert und konsumiert. Damit trägt ihre Förderung zu einer besseren Balance unserer Volkswirtschaft und zur Reduzierung der einseitigen Abhängigkeit vom Export bei. Zum anderen trägt die Kreativwirtschaft in besonderer Weise zu einem qualitativen Wachstum bei, mit dem sich die auf Vorschlag der SPD und der Grünen eingesetzte Fortschritts-Enquetekommission befasst.

Im Kreativsektor besteht viel Handlungsbedarf

Es gibt große Chancen, aber auch viel Handlungsbedarf im Kreativsektor. Dort besteht ein dynamischer Arbeitsmarkt des 21. Jahrhunderts, der auf

einen aus dem 19. Jahrhundert stammenden Sozialstaat stößt. Für einige in der Kreativwirtschaft bedeutet Solo-Selbstständigkeit und Projektarbeit Unabhängigkeit, die gewünscht ist. Für viele gehen diese Beschäftigungsformen aber auch mit einer zunehmenden Unsicherheit einher. Kreative brauchen für ihre Entwicklungsfreiheit eine bessere Absicherung.

Die Künstlersozialversicherung (KSV) ist eine von Sozialdemokraten/innen erkämpfte Errungenschaft, die Künstlern/innen mit unregelmäßigen und schwankenden Honoraren die gesetzliche Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung ermöglicht. Die KSV muss gestärkt werden.

Für die Kreativwirtschaft ist ein freies und offenes Internet eine unabdingbare Grundlage. Die SPD-Bundestagsfraktion möchte schnellen Internetzugang für alle. Der Ausbau der Infrastruktur muss dabei einhergehen mit einer Kultur der Offenheit. Die Stichworte lauten „Open Access“, „Open Data“, „Open Government“ und „Open Culture“. Allerdings geraten Urheberrechte, die den Medienschaffenden, den Künstlern/innen und Journalisten/innen ein Einkommen sichern sollen, im digitalen Zeitalter zunehmend unter Druck.

Urheberrecht weiterentwickeln

Im Kreativpakt sollen Konzepte entwickelt werden, das Urheberrecht so zu modernisieren, dass es einen gerechten Ausgleich zwischen den Interessen von Urhebern, Verwertern und Nutzern schafft. Wirtschaftsförderkonzepte müssen eine neue kreative Gründerkultur ermöglichen. Das betrifft v.a. den Zugang zu Risikokapital, das für Kreative schwer zu bekommen ist, weil sie nicht die erforderlichen Sicherheiten bereitstellen.

Es gibt also viel zu tun. Die SPD-Bundestagsfraktion arbeitet deshalb eng mit Kreativen, Künstlern/innen im Kreativpakt zusammen.

Diskussion um Urheberrechtsreform: Die Piraten handeln unlauter

Mit dem Erstarken der Piratenpartei ist auch die Debatte um eine Reform des Urheberrechts in das Zentrum der politischen Auseinandersetzung gerückt. Das ist erst einmal gut, weil das ein immens wichtiges Thema für alle Kreativen ist. Die SPD-Fraktion erarbeitet seit zwei Jahren im Rahmen des Arbeitskreises Urheberrecht sowie in der Arbeitsgruppe Kreativpakt Lösungsvorschläge.

Demgegenüber haben die Piraten erst kürzlich die Einberufung eines runden Tisches zu diesem Thema angeregt. Doch was sind eigentlich die Pläne der Piraten zum Urheberrecht?

Der rasante Erfolg der Piratenpartei kam überraschend. Immer wieder wird bei Erklärungsversuchen auf die insbesondere für junge, netzaffine Menschen attraktiven Themen der Piraten verwiesen. Neben der Forderung nach mehr Transparenz in politischen Prozessen setzen sich die Piraten für eine Reform des Urheberrechts bzw. mehr oder weniger für dessen Abschaffung ein.

Internet: Neue Herausforderung für das Urheberrecht

Vor dem Hintergrund einer immer schneller fortschreitenden digitalen Entwicklung und des Internets ergeben sich neue Herausforderungen, wie ein fairer Interessenausgleich zwischen Kreativen, Verwertern und Nutzern gestaltet werden kann. Die Forderungen der Piratenpartei lassen jedoch nur den Schluss zu, dass diese den Wert kreativer Arbeit nicht anerkennen wollen. Dem eigenen Anspruch, sich gegen die vermeintlich zu große Macht der Verwerterindustrie einzusetzen und stattdessen die Rechte von Künstlern/innen und Kreativen zu stärken, wird die Partei nicht im Geringsten gerecht. Denn letztendlich läuft ein Großteil der Ideen nur auf eines hinaus: die Förderung einer „Kostenloskultur“ im Netz.

Geistiges Eigentum muss geachtet werden

Die Urheber hätten nichts davon, wenn es keine Vergütung ihres geistigen Eigentums gibt. Bei aller berechtigten Kritik erfüllen die Verwerter insgesamt eine wichtige Funktion der Vermittlung und Vermarktung kreativer Inhalte, auf die die Urheber angewiesen sind.

Interessant ist z. B. die von einigen Piraten angestoßene Debatte über den Begriff des geistigen Eigentums. Dieser wird mit der Begründung in Frage gestellt, dass aus einer moralisch-philosophischen Perspektive geistige Leistung nicht mit dem materiellen Eigentumsbegriff vereinbar sei.

Wer bereits zentrale Begriffe des Urheberrechts infrage stellt, handelt sicher nicht im Sinne der Urheber. Zudem fordern die Piraten die Legalisierung von kostenlosen Online-Tauschbörsen. Argumentiert wird, dass Tauschbörsen gerade unbekanntem Künstlerinnen und Künstlern die Möglichkeit bieten, sich besser zu vermarkten und auf sich aufmerksam machen zu können. Eine Antwort darauf, wie eine faire und angemessene Entlohnung der Kreativen aussehen könnte, bleiben die Piraten schuldig. Von einem Internetauftritt allein wird kein Kreativer leben können.

Piraten stellen Kopierrechte vor Urheberrecht

Grundlegende Änderungen fordern die Piraten auch bei der Privatkopie. Die geltenden Regelungen werden abgelehnt, stattdessen sollen alle Beschränkungen aufgehoben werden. Dabei wird verkannt, dass die derzeitigen Regeln zur Privatkopie zu einem größeren Rechtsfrieden beigetragen haben und nicht, wie von der Piratenpartei kritisiert, zu einer unangemessenen Kriminalisierung der Nutzer.

Piraten wollen von eigener Unzulänglichkeit ablenken

Der nun von den Piraten vorgeschlagene „runde Tisch“ ist unter diesen Gesichtspunkten ein Versuch, von den eigenen unzulänglichen Konzepten abzulenken. Zwar ist die Entstehungsgeschichte der Partei nicht zuletzt eng mit dem Thema Urheberrecht verknüpft. Allerdings hat dies nicht dazu geführt, dass die Vorschläge für eine Urheberrechtsreform fundiert und sozial ausgewogen wären.

Zu hinterfragen ist daher, wem die Vorschläge der Piraten, kreative Inhalte kostenlos ins Netz zu stellen, eigentlich nützen. Monopole wie Google und Facebook leben davon, ihre werbefinanzierten Plattformen mit „Content“ zu füllen. Ob die Piraten schon so weit gedacht haben, darf bezweifelt werden.

Ungarns Regierung bleibt auf dem falschen Weg

Ungarn isoliert sich immer weiter innerhalb der Europäischen Union. Die EU-Kommission hat das Land vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg verklagt. Grund dafür sind Verletzungen der EU-Verträge durch die rechtskonservative Regierung von Premier Viktor Orbán.

Es handelt sich um zwei Klagen: Die Kommission – für die Einhaltung der EU-Verträge zuständig – sieht durch die zweifelhaften Gesetze die Unabhängigkeit der ungarischen Justiz und des Datenschutzbeauftragten bedroht. Mit der Justizreform würde der jeweilige Präsident eine geballte Macht bekommen, wie es sie in keinem anderen EU-Land gibt. Im strittigen Punkt der Unabhängigkeit der Notenbank sieht die EU-Kommission dagegen von einer angedrohten Klage ab. Zwar hat Budapest in Bezug auf Justiz und Datenschutz Zugeständnisse signalisiert, die aber gehen Brüssel nicht weit genug. Nun drohen dem Land, das sich in einer Rezession befindet, hohe Geldstrafen.

Martin Schulz, Präsident des EU-Parlaments sagte, dass es nicht sein könne, dass Ungarns Regierung einerseits mit der EU nicht viel zu tun haben wolle, andererseits aber immer nach finanzieller Hilfe rufe. Die EU-Kommission machte nach einem Treffen mit Orbán dennoch den Weg frei für neue Gespräche über Notkredite an Ungarn.

Ungarns Regierung hat mit ihrer Zweidrittelmehrheit in anderthalb Jahren mehr als 360 Gesetze und eine neue Verfassung durchs Parlament gepeitscht. Bürgerrechte und Pressefreiheit wurden massiv eingeschränkt. „Dass dabei nicht nur harmlose handwerkliche Fehler unterlaufen sind, sondern elementare demokratische und rechtsstaatliche Grundprinzipien verletzt wurden, kann man nicht oft genug betonen“, sagte Michael Roth, europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Die Vertragsverletzungsverfahren durch die Kommission erfassten nur die Spitze des Eisberges von problematischen Regelungen. Roth: „Umso beschämender ist, dass Ministerpräsident Orbán in Interviews eine linksliberale Verschwörung gegen Ungarn herbeiredet und der EU-Kommission ihre demokratische Legitimation abspricht.“ Er scheine nicht mitbekommen zu haben, dass die Brüsseler Behörde mehrheitlich konservativ-liberal besetzt sei. „Für CDU/CSU und EVP ist es wahrlich kein Ruhmesblatt, wenn sich Orbán lobend über den Schutz der ‚internationalen Rechten‘ für seine Fidesz-Partei äußert“, so Roth weiter.

Das Schweigen der europäischen EVP zu den besorgniserregenden Entwicklungen in Ungarn kritisierte der europapolitische Sprecher als „unwürdig für eine Partei, die immerhin größte Fraktion im Europäischen Parlament ist und die Mehrheit der Staats- und Regierungschefs stellt“.

Nun soll der Europaabgeordnete János Áder neuer ungarischer Staatspräsident werden. Die Wahl des 52-jährigen Kandidaten von Ministerpräsident Viktor Orbán gilt als sicher. János Áder ist wie Orbán ein Mitbegründer der heutigen Regierungspartei. Er ist gegenüber Orbán absolut loyal. Das zeige, erklärte Michael Roth, dass weder Orbán noch seine Fidesz-Partei aus der derzeitigen Vertrauenskrise etwas gelernt hätten. „Áder ist der falsche Kandidat zur falschen Zeit.“ Denn schon sein Vorgänger Pál Schmitt habe sich als „folgsamer Staatsnotar“ erwiesen, indem er alle 360 Gesetze der letzten anderthalb Jahre ohne Einwände unterzeichnet habe. Schmitt musste wegen einer Plagiatsaffäre zurücktreten.

Das Amt, das Áder nun antreten will, verkörpert wie kein anderes die Einheit der ungarischen Nation. Ob es ihm gelingen wird, nach seiner Wahl Brücken nach innen zu bauen und nach außen den ramponierten Ruf seines Landes wiederherzustellen, ist mehr als fraglich. Michael Roth: „In der aktuellen Situation hätte Ungarn einen unabhängigen, überparteilichen Präsidenten gebraucht, der durch sein Reden und Wirken die gesellschaftliche Spaltung des Landes zu überwinden vermag. Fidesz hat die Suche nach einem gemeinsamen Kandidaten nie ernsthaft betrieben.“

Die SPD-Bundestagsfraktion hat verschiedene Anträge in den Bundestag eingebracht, in denen die Bundesregierung aufgefordert wird, gegen Ungarns undemokratisches Verhalten auf EU-Ebene vorzugehen.

20 Jahre Nachhaltigkeitspolitik mit Leben füllen

Am 25. April 2012 fand zum vierten Mal die Nachhaltigkeitskonferenz der SPD-Bundestagsfraktion mit einem Markt der Möglichkeiten statt. 50 Initiativen aus ganz Deutschland waren dazu nach Berlin gekommen. Viele SPD-Abgeordnete nutzten die Gelegenheit, mit Initiativen aus ihren Wahlkreisen ins Gespräch zu kommen.

„Nachhaltigkeit ein Gesicht geben“ lautete das Motto der Veranstaltung im Vorfeld des Erdgipfels „Rio+20“, der im Juni dieses Jahres stattfindet. Dazu hatte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Matthias Miersch, in den Deutschen Bundestag eingeladen. Ziel war es, Nachhaltigkeitsinitiativen und Bürgerprojekten eine Plattform zu geben.

Nachhaltigkeit noch ein schwammiger Begriff?

SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber stellte in seiner Begrüßung fest, dass Nachhaltigkeit ein „sperriger Begriff“ geblieben sei. Viele Unternehmen hätten das Etikett „Nachhaltigkeit“ verwässert. Deshalb sei auch die Arbeit der Initiativen vor Ort so wichtig. Dort und im internationalen Nord-Süd-Dialog müsse Nachhaltigkeit weiterentwickelt werden.

50 Initiativen stehen für vielfältiges Nachhaltigkeitsengagement

Insgesamt 50 Initiativen aus unterschiedlichen Regionen Deutschlands präsentierten ihre Arbeit: Darunter waren Initiativen, die den fairen Handel fördern, Projekte, die sich dem Naturschutz widmen oder solidarische Landwirtschaft ins Leben gerufen haben. Ebenso dabei waren Schulprojekte und internationale Patenschaftsprogramme. Das zeigt, wie vielfältig Nachhaltigkeitsengagement in unserem Land ist. Ingrid Arndt-Brauer, nachhaltigkeitspolitische Sprecherin, lobte das Engagement vor Ort im Bereich der Erneuerbaren Energien und vor allem in den Schulen. Die angereisten Initiativen bewerteten die Möglichkeit, sich im Parlament zu präsentieren als äußerst positiv. Nicht nur um mit der Politik ins Gespräch zu kommen, sondern auch, um sich mit anderen Engagierten über die Projekte auszutauschen und von einander zu profitieren.

Podiumsdiskussion 20 Jahre nach Rio

Eine anschließende Podiumsdiskussion mit hochrangigen Vertretern des Nachhaltigkeitsrates, WWF, Oxfam und B.A.U.M. e.V. zeigte auf, an welchen Stellen Politik und Gesellschaft noch neue Wege gehen müssen, um das Ziel einer nachhaltigen Gesellschaft zu erreichen. In den letzten 20 Jahren hat es zwar Fortschritte in ökonomischer

Hinsicht gegeben. Doch beim verantwortungsvollen Umgang mit den natürlichen Ressourcen unseres Planeten sind Rückschritte zu verbuchen.

Auch hinsichtlich der Armut- und Hungerbekämpfung in den Entwicklungsländern ist der Trend negativ. Besonders betroffen sind Frauen. Auch bei der guten Regierungsführung in armen Ländern gibt es noch viel zu tun, und Unternehmen müssen ihre soziale und ökologische Verantwortung noch stärker wahrnehmen.

Deutschland ist zwar im internationalen Vergleich gut aufgestellt. So überprüft der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung die Gesetzgebung hinsichtlich ihrer sozialen und ökologischen Auswirkungen. Aber auch hier müssen die Stellschrauben neu definiert werden. Unternehmen müssen hinsichtlich ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung mehr tun. „Die Konferenz hat gezeigt, dass in Deutschland richtig viel passiert in der Nachhaltigkeitsbewegung“, so Miersch, der als umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion deutsches Delegationsmitglied des Erdgipfels der Vereinten Nationen (VN) im Sommer sein wird. Dort soll Bilanz gezogen werden, was 20 Jahre nach dem ersten VN-Erdgipfel in Rio aus den vereinbarten Zielen und Strategien geworden ist. Außerdem sollen neue Anforderungen an die nachhaltige Entwicklung formuliert werden.

Weitere Fotos finden Sie auf:
www.spdfraktion.de/flickr

Die Abgeordneten Ingrid Arndt-Brauer, Matthias Miersch, Ulrich Kelber und Stefan Schwartze informieren sich über die Projekte der Initiativen.



Veröffentlichungen

Arbeit sichern, Wege öffnen – Neue Ordnung am Arbeitsmarkt

Ziel der SPD-Fraktion ist es, eine neue Ordnung für Arbeit zu schaffen, die Vollbeschäftigung mit guter Arbeit für alle verbindet. Das „Projekt Zukunft – Deutschland 2020“ steht für eine Politik, die gute Arbeit sichert und neue Wege öffnet.

Broschüre, 36 Seiten, erschienen im April 2012.

Sozialdemokratische Industriepolitik

Mit ihrem Positionspapier zur sozialdemokratischen Industriepolitik setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion ambitionierte Ziele zur Modernisierung der Industrie.

Broschüre 34 Seiten, erschienen im Februar 2012.

Für gute Verbraucherpolitik sorgen

Die SPD-Fraktion hat Leitlinien für eine sozialdemokratische Verbraucherpolitik beschlossen. Darin fordert sie u. a. vom realen Verbraucher auszugehen, Verbraucherforschung zu stärken, einen Verbrauchercheck in der Gesetzgebung zu etablieren und Marktwächter einzuführen.

Broschüre, 36 Seiten, erschienen im März 2012.

Gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit Behinderung

Die SPD-Fraktion hat bereits 2011 ein umfassendes Positionspapier zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention nach dem Grundsatz „Nichts über uns ohne uns“ gemeinsam mit Betroffenenverbänden und Experten erarbeitet. Dazu ist jetzt ein 10-seitiges Falblatt erschienen. Außerdem gibt es den Text in leichter Sprache als 24-seitige Broschüre sowie eine Übersetzung in Punktchrift.

Mehr Informationen gibt es hier:

www.spdfraktion.de
www.spdfraktion.de/facebook
www.spdfraktion.de/Googleplus

www.spdfraktion.de/twitter
www.spdfraktion.de/youtube
www.spdfraktion.de/flickr

Die nächste Ausgabe von **fraktion intern*** erscheint am 18. Juni 2012. Informationen gibt es auch unter www.spdfraktion.de. Aus aktuellen politischen Anlässen kann es dazu kommen, dass der Erscheinungstermin der Fraktion Intern verschoben werden muss. Dafür bitten wir um Verständnis.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

Redaktion: Anja Linnekugel / Alexander Linden

Texte: Thomas Friebel, Leonie Gebers, Alexander Linden, Anja Linnekugel, Petra Marmann, Philipp Ritscher, Ralf Sitte, Frank-Walter Steinmeier, Wolfgang Teves, Simon Vaut

Illustrationen und Fotos: Bildschön (S. 2), dpa Bildfunk (S. 6, 9), photothek.net / Thomas Köhler (S. 3), SPD-Bundestagsfraktion (S. 12, 15), S. Voorwinden nach IAQ 2012/Hans-Böckler-Stiftung 2012 (S. 4), S. Voorwinden nach KfW-Kommunalpanel 2011 (S. 8)

Redaktionsanschrift:

SPD-Bundestagsfraktion

- Öffentlichkeitsarbeit - Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 / 227 530 48 Telefax: 030 / 227-568 00

E-Mail: redaktion@spdfraktion.de

Internet: www.spdfraktion.de

Grafik und Layout: S. Voorwinden

Druck: Braunschweig-Druck

Adressänderungen und Bestellungen von Veröffentlichungen:

Telefon: 030 / 227-571 33 Telefax: 030 / 227-568 00

E-mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de oder direkt im Internet